

Iris Meeßen

# **Staatliche Förderung beruflicher Weiterbildung in Deutschland und Schweden**

**Strukturen der Einbindung Dritter bei der Förderung  
beruflicher Weiterbildungsmaßnahmen**



**Nomos**

**Studien aus dem Max-Planck-Institut  
für Sozialrecht und Sozialpolitik**

**Band 66**

Iris Meeßen

# **Staatliche Förderung beruflicher Weiterbildung in Deutschland und Schweden**

**Strukturen der Einbindung Dritter bei der Förderung  
beruflicher Weiterbildungsmaßnahmen**



**Nomos**

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: München, LMU, Diss., 2017

ISBN 978-3-8487-4300-1 (Print)

ISBN 978-3-8452-8505-4 (ePDF)

1. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## **Vorwort**

Die vorliegende Arbeit wurde am 21.04.2016 an der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation eingereicht und befindet sich auch auf diesem Stand (Gesetzesstand und Literatur). Die Arbeit ist im Wesentlichen während meiner Zeit als Doktorandin am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, aber auch an unzähligen folgenden Urlaubstagen und Wochenenden entstanden.

Mein erster Dank geht an den Betreuer der Arbeit, Herrn Prof. Dr. Ulrich Becker, LL.M. (EHI), für die Gelegenheit, die für eine Forschungsarbeit luxuriösen Ressourcen des Max-Planck-Instituts zu nutzen – und für seine Unterstützung und sein Verständnis, wenn das Leben einmal nicht wie geplant verläuft. Herrn Prof. Dr. Jens Kersten danke ich für das Zweitgutachten und für seine wertvollen Hinweise im Rahmen seiner Lektüre für die Erstellung des Gutachtens.

Ganz besonders danke ich den Mitgliedern meiner Doktorandengruppe „Das Leistungs'erbringungsverhältnis im Sozialrecht“, Dr. Magdalena Neueder, Markus Schön, Michael Schlegelmilch und Dr. Ilona Vilaclara Fatjo für ausgiebige Diskussionen, lange Nächte und die Quälerei an unserem gemeinsamen Aufsatz. Besonderer Dank geht dabei an meinen Bürokollegen Michael Schlegelmilch, der mit mir nicht nur das Zimmer geteilt hat, sondern auch zu jeder Tag- und Nachtzeit zu juristischen, sozialwissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskussionen bereit war. Immer aufschlußreich und engagiert diskutiert habe ich auch mit den weiteren Kolleginnen und Kollegen am Institut – hier vielen Dank besonders an Dr. Daniela Schweigler, Stefan Stegner, Dr. Vera Hansen, Nikola Wilman, Prof. Dr. Barbara Darimont, Sandro Wendnagel und Dr. Sebastian Weber. Die Arbeitsbedingungen am Institut sind besonders – vielen Dank an alle Mitarbeiter des Instituts, die mir geholfen und beigestanden haben, insbesondere die Bibliotheksweisen Henning Frankenberger und Irina Neumann.

Vielen Dank an diejenigen, die die Arbeit in verschiedenen Stadien Korrektur gelesen haben: Andrea Fröhlich (geb. Seitz), meine Mutter Brigitte Meeßen und mein Mann, Dr. Marko Urban.

Ein großer Dank zudem an alle, die mich in irgendeiner Weise unterstützt haben. Das Netzwerk, ohne die diese Arbeit nicht möglich gewesen wäre, erstreckt sich auf Familie, Freunde und Kollegen. Ganz besonders nennen möchte ich meine Eltern Hans-Werner und Brigitte Meeßen, meine Großmutter Franziska Zell, meine Freunde Inga, Henning, Theresa, Christian, Lorenz, Annette, Sr. Clara, und zuletzt nochmals meinen Mann, Dr. Marko Urban. Ihr macht mich glücklich.

<b>A. EINFÜHRUNG IN DIE UNTERSUCHUNG .....</b>	<b>20</b>
I. HINFÜHRUNG.....	20
II. FRAGESTELLUNG .....	21
III. METHODIK .....	22
1. Rechtsvergleichende Methodik .....	22
a) Grundlagen des Rechtsvergleichs .....	22
b) Tertium comparationis.....	23
2. Wahl der Vergleichsländer .....	26
a) Deutschland .....	26
b) Schweden .....	27
IV. GANG DER UNTERSUCHUNG .....	29
<b>B. GRUNDLAGEN DER FÖRDERUNG BERUFLICHER WEITERBILDUNG.....</b>	<b>31</b>
I. WAS SIND BERUFLICHE WEITERBILDUNGSMAßNAHMEN? .....	31
II. WIRKUNGEN BERUFLICHER WEITERBILDUNG .....	32
III. KOSTEN VON WEITERBILDUNGSMAßNAHMEN .....	33
IV. ARTEN DER FÖRDERUNGSLEISTUNGEN.....	34
1. Leistungssysteme.....	35
2. Förderungssysteme .....	35
a) Subjektförderung: Situation und Arten .....	36
aa) Erwerbsfähigkeit des Leistungsempfängers .....	37
bb) Anforderungen an die Förderungsleistung .....	37
cc) Sachleistung und Kostenerstattung .....	38
dd) Gutscheinsysteme.....	39
ee) Steuervergünstigungen .....	41
b) Objektförderung: Situation und Arten .....	41
3. Sondersysteme der Arbeitsförderung .....	43
V. ZIELE UND FUNKTIONEN DER FÖRDERUNGSLEISTUNGEN.....	44
1. Bedeutung von Zielen für die funktionale Betrachtung.....	44
2. Ziele des Staates bei der Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen .....	45
a) Arbeitsmarktpolitische Ziele .....	45
b) Wirtschaftspolitische Ziele .....	47
c) Sozialpolitische Ziele .....	48
aa) Bildungspolitische Ziele als sozialpolitische Ziele .....	48
bb) Arbeitsmarktpolitische Ziele als sozialpolitische Ziele? .....	49
cc) Sonstige sozialpolitische Ziele von Weiterbildung .....	50
d) Nah- und Fernziele von Weiterbildungsmaßnahmen.....	51
3. Typisierung struktureller und individueller Defizite .....	52
a) Diskriminierungsschutz und -ausgleich als gemeinsames Ziel .....	52
b) Typisierung als Umsetzungsinstrument .....	53
c) Die einzelnen typisierten Defizite .....	53
aa) Die Grunddefizite .....	53
bb) Typisierungsgruppen .....	54
(1) Förderung von Einwanderern .....	54
(2) Förderung von jungen Arbeitnehmern .....	55
(3) Förderung von älteren Arbeitnehmern .....	56
(4) Förderung von Menschen mit Behinderung bzw. Funktionseinschränkungen .....	56
(5) Förderung von Langzeitarbeitslosen .....	57
(6) Förderung von Arbeitnehmern in kleinen und mittleren Betrieben .....	57
(7) Förderung bei zusätzlicher Verantwortungsübernahme (Erziehung, Pflege) .....	57
(8) Förderung von Frauen .....	57
(9) Förderung von Gefängnisinsassen .....	58
(10) Förderung von Menschen mit niedrigem Grundbildungsniveau .....	58

d) Typisierung in den Sondersystemen für Langzeitarbeitslose und Arbeitslose mit besonderen Vermittlungshindernissen .....	59
<b>C. UMSETZUNG DER FÖRDERUNGSLEISTUNGEN .....</b>	<b>60</b>
<b>I. ERBRINGUNG DER GEFÖRDERTEN WEITERBILDUNGSMAßNAHMEN DURCH DRITTE .....</b>	<b>60</b>
1. Ziele und Gründe der Einbindung Dritter .....	60
2. „Dritte“ im Sinne der Untersuchung .....	62
3. Arten von Leistungserbringern .....	63
4. Parallelen zum deutschen „Leistungserbringungsrecht“ .....	64
<b>II. ANFORDERUNGEN AN DIE UMSETZUNG DER FÖRDERUNGSLEISTUNGEN .....</b>	<b>65</b>
1. Weiterbildungsmaßnahmen als Dienstleistung .....	65
2. Zeitlicher Rahmen .....	66
3. Formalität der Maßnahmen .....	67
4. Kosten der Weiterbildungsmaßnahmen .....	68
5. Anpassung der Weiterbildungsmaßnahmen auf die konkrete Situation .....	68
a) Individualisierung der Maßnahmen .....	69
b) Regionalisierung .....	69
c) Grenzen der Anpassung an die konkrete Situation .....	70
<b>III. UMSETZUNG DURCH BEREITSTELLUNG UND KONTROLLE DER GEFÖRDERTEN WEITERBILDUNGSMAßNAHMEN .....</b>	<b>70</b>
1. Mögliche Einflüsse .....	71
2. Interessen der beteiligten Akteure .....	71
a) Interessen des Individuums .....	71
b) Interessen der Weiterbildungsanbieter .....	72
c) Interessen der Arbeitgeber .....	72
d) Interessen anderer Beteiligter .....	73
<b>IV. STEUERUNG DER UMSETZUNG .....</b>	<b>73</b>
1. Steuerungsbegriffe .....	74
2. Anwendbarkeit in der vorliegenden Untersuchung .....	76
a) Voraussetzungen für eine Rezeption im rechtswissenschaftlichen Rahmen .....	76
b) Konkrete Rezeptionsmöglichkeiten .....	77
c) Verbindung zur Rechtsvergleichung .....	78
3. Steuerungsmodi und -instrumente .....	79
a) Grundentscheidung Steuerungsmodi .....	80
b) Steuerung durch die Förderungsleistungen selbst .....	80
c) Steuerung durch Recht .....	81
aa) Möglichkeiten und Grenzen der Steuerung durch Recht .....	81
bb) Einbeziehung der Differenzierung Öffentliches Recht – Zivilrecht .....	82
cc) Konkrete Möglichkeiten der Steuerung durch Recht: Instrumente .....	83
(1) Steuerungsmodi .....	83
(a) Macht .....	83
(b) Kooperation .....	84
(c) Wettbewerb .....	85
(2) Handlungsformen .....	86
(3) Rechtsformen .....	87
dd) Transparenz als Steuerungsinstrument .....	88
ee) Normfreiraum als Steuerungsinstrument (bewusste Nichtregelung) .....	89
(1) Eigenständigkeit als Akteur .....	89
(2) Eigenständigkeit bei Entscheidungen .....	89
(3) Interne Vorgaben .....	90
ff) Funktionelle Regelungstechnik: Zweck- und Konditionalprogramme .....	90
gg) Berufsprinzip und Kompetenz als konzeptioneller Bezugspunkt .....	91
hh) Bezugnahmen auf andere Normen .....	92
<b>D. VERPFLICHTUNGSUMFÄNGE DER STAATEN .....</b>	<b>93</b>
<b>I. VERPFLICHTUNGEN AUS INTERNATIONALEM RECHT .....</b>	<b>93</b>

1. Weiterbildung als (supra-)nationale Verpflichtung? .....	93
2. Verpflichtungen aus internationalen Normen .....	94
a) Bildungsbezogene Normen .....	94
b) Weiterbildung und Recht auf Arbeit .....	99
c) Verpflichtungen aufgrund der Forderung der Chancengleichheit .....	101
3. Ergebnis .....	102
II. VERPFLICHTUNGEN DEUTSCHLANDS .....	102
1. Ableitung von Pflichten aus dem Grundgesetz .....	102
a) Bildungsbezogene Ableitung .....	103
b) Berufs- und arbeitsbezogene Normen .....	105
c) Berufsbezogene Weiterbildung und Chancengleichheit .....	106
d) Weiterbildung und Persönlichkeitsrechte .....	108
2. Verpflichtungen aus den Länderverfassungen .....	110
a) Bildungs- und weiterbildungsbezogene Normen .....	110
aa) Subjektiv-rechtliche Formulierung: Originäre Teilhabe? .....	111
bb) Förderungsklauseln .....	112
cc) Sicherungsklauseln .....	114
dd) Zugangsgewährleistungen .....	115
b) Recht auf Arbeit .....	116
aa) Als subjektiv-rechtliche Formulierung .....	116
bb) Als Zielformulierung .....	116
3. Fazit .....	117
III. VERPFLICHTUNGEN SCHWEDENS .....	117
1. Ableitung von Pflichten aus dem schwedischen Verfassungsrecht .....	117
a) Grundlagen des schwedischen Verfassungsrechts .....	117
b) Soziale Rechte .....	118
c) Bildung .....	120
d) Berufsbezogene Rechte .....	121
e) Chancengleichheit .....	123
f) Andere Beurteilung aufgrund des Einflusses von EU-Recht und der EMRK .....	124
2. Fazit .....	125
IV. FAZIT: VERPFLICHTUNGSUMFÄNGE .....	125
E. DIE FÖRDERUNGSLEISTUNGEN .....	127
I. FÖRDERUNGSLEISTUNGEN IN DEUTSCHLAND .....	127
1. Der Verwaltungsaufbau in Deutschland / Zuständigkeiten .....	128
a) Arbeitsförderung .....	128
b) Bildungssystem .....	128
2. Subjektfördernde Leistungen .....	130
a) Subjektförderung innerhalb des Systems der Arbeitsförderung .....	130
aa) Leistungen für Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit Bedrohte .....	130
(1) Förderung der Weiterbildungsmaßnahme gem. § 81 SGB III .....	130
(a) Ermessen .....	130
(b) Inhalt der Förderung .....	134
(2) Förderung durch Unterhaltsleistungen (SGB III) .....	135
(a) Voraussetzungen: § 136 Abs. 1 Nr. 2 SGB III i. V. m. § 144 SGB III .....	135
(b) Umfang .....	136
(c) Funktion .....	136
(3) Förderung der Weiterbildungsmaßnahme gem. § 45 SGB III .....	137
(4) Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen bei Kurzarbeit .....	137
bb) Leistungen für „Langzeitarbeitslose“ .....	137
(1) Förderung der Weiterbildungsmaßnahme nach §§ 16 Abs. 1 Nr. 4 SGB II i. V. m. §§ 81, 82, 131a SGB III .....	137
(a) Voraussetzungen .....	138
(b) Ermessen .....	139
(c) Bewertung .....	139

(2) Förderung durch Unterhaltsleistungen bei Weiterbildungsmaßnahmen (SGB II) .....	140
cc) Leistungen für ältere Arbeitnehmer gem. § 82 SGB III .....	140
dd) Leistung der Weiterbildungsmaßnahme für Arbeitnehmer unter 45 Jahren .....	141
ee) Weitere Möglichkeiten der Subjektförderung im SGB III .....	141
b) Subjektförderung außerhalb des Systems der Arbeitsförderung .....	142
aa) Leistungen für Teilnehmer mit niedrigem Einkommen: BAföG .....	142
bb) Leistungen für Teilnehmer mit niedrigem Einkommen: AFBG .....	143
cc) Leistungen für Teilnehmer mit niedrigem Einkommen: Subventionsprogramme (Bildungsprämie) .....	144
dd) Leistungen in Form von Stipendien: Verschiedene typisierte Förderungszielgruppen...	145
ee) Leistungen für Weiterbildungsteilnehmer im Strafvollzug: § 44 Abs. 1 S. 1 StVollzG..	146
ff) Leistungen für Ausländer zur Integration: § 43 AufenthG.....	146
gg) Leistungen für Teilnehmer nach politischer Verfolgung gem. § 6 Abs. 1 BerRehaG ..	146
hh) Subjektförderung im Steuerrecht .....	147
3. Objektfördernde Leistungen.....	149
a) Objektförderung innerhalb des Systems der Arbeitsförderung.....	149
aa) Direkte Finanzierung des Weiterbildungsanbieters? .....	149
bb) Finanzierung anderer Akteure.....	150
cc) Zusammenfassung.....	151
b) Objektförderung außerhalb des Systems der Arbeitsförderung.....	151
aa) Objektförderung auf Bundesebene .....	151
(1) Subventionsprogramme .....	151
(a) Regelungen und rechtliche Grundlagen .....	151
(b) Bewertung .....	153
(2) Objektförderung im Steuerrecht .....	155
bb) Objektförderung auf Landesebene .....	157
(1) Leistungen auf Grundlage der Landes-Weiterbildungsgesetze .....	157
(a) Leistungsempfänger .....	157
(b) Leistungsinhalt .....	158
(c) Rechtliche Verbindlichkeit und Form der Leistungen.....	159
(d) Leistungsvoraussetzungen.....	160
(2) Landesprogramme auf rein haushaltrechtlicher Basis .....	162
II. FÖRDERUNGSLEISTUNGEN IN SCHWEDEN .....	162
1. Der Verwaltungsaufbau in Schweden / Zuständigkeiten .....	163
a) Arbeitsförderung .....	165
b) Bildungssystem .....	167
aa) „Reguläres“ Bildungssystem .....	167
bb) System der Volksbildungarbeit .....	169
2. Subjektfördernde Leistungen .....	169
a) Subjektförderung innerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamts .....	169
aa) Leistungen für Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit Bedrohte .....	170
(1) Förderung der Weiterbildungsmaßnahme: Arbeitsmarktausbildung als allgemeines arbeitsmarktpolitisches Programm.....	170
(2) Förderung durch Unterhaltsleistungen: Arbeitslosigkeitsversicherung? .....	173
(a) Arbeitslosigkeitsversicherung .....	173
(b) Zusammenhang mit den Weiterbildungsmaßnahmen .....	174
(c) Indirekte Förderung in der Arbeitslosenversicherung? .....	175
(3) Förderung durch Unterhaltsleistungen: Aktivitätsunterhalt .....	175
bb) Leistungen für „Langzeitarbeitslose“ .....	176
(1) Förderung der Weiterbildungsmaßnahme als Aktivität in der Job- und Entwicklungsgarantie.....	176
(2) Förderung durch Unterhaltsleistungen: Aktivitätsunterhalt .....	178
cc) Förderung für Einwanderer .....	179
(1) Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen von sogenannten Etablierungsmaßnahmen .....	179
(2) Unterhaltsleistungen während der Teilnahme an Etablierungsmaßnahmen .....	180

b) Subjektförderung außerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamts.....	181
aa) Leistungen für Teilnehmer mit niedrigem Einkommen.....	181
(1) Leistungen der Studienförderung .....	181
(a) Studienhilfe.....	181
(b) Studienmittel.....	181
(2) Leistungen bei finanziellem Defizit: Studienförderung bei Teilnahme an sog. Kunst- und Kulturausbildungen und bestimmten anderen Ausbildungen .....	182
(3) Leistungen durch Anweisung von Weiterbildungsmaßnahmen durch Kommunen ..	183
(a) Anweisung der Weiterbildungmaßnahme .....	183
(b) Unterhalt im Rahmen der Sozialhilfe durch die Kommunen.....	185
bb) Subjektförderung im Steuerrecht.....	185
3. Objektfördernde Leistungen .....	186
a) Objektförderung innerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamts? .....	186
b) Objektförderung durch „Staatsbeiträge“ .....	187
aa) Staatsbeiträge für Kunst-, Kultur- und gewisse andere Ausbildungen .....	188
bb) Staatsbeiträge im Rahmen des Berufshochschulwesens .....	188
cc) Staatsbeiträge zur Volksbildung .....	189
dd) Staatsbeiträge für spezielle Ziele.....	190
c) Objektförderung im Haushaltrecht .....	191
d) Objektförderung im Steuerrecht .....	191
III. VERGLEICH DER FÖRDERUNGSLEISTUNGEN.....	193
1. Vergleich Subjektförderung .....	193
a) Einbettung der Leistungen in die Versicherungen bei Arbeitslosigkeit .....	193
b) Handlungsform .....	194
aa) Gutscheine .....	194
bb) Steuervergünstigungen .....	196
c) Leistungsziele .....	196
aa) Inhaltliche Typisierung .....	196
bb) Typisierte Zielgruppen .....	197
cc) Bedarfsabhängigkeit der Leistungen.....	197
dd) Funktionelle Regelungssystematik .....	198
ee) Typisierung der jeweiligen Sondersysteme für Langzeitarbeitslose und Arbeitslose mit besonderen Vermittlungshindernissen .....	198
(1) Typisierung in den Sondersystemen für Langzeitarbeitslose und Arbeitslose mit besonderen Vermittlungshindernissen.....	199
(2) Umsetzung der Unterhaltsleistungen.....	200
ff) Typisierung im Sondersystem Steuerrecht .....	200
2. Vergleich Objektförderung .....	201
a) Handlungsformen und Grundlagen der Leistungen .....	201
b) Inhaltliche Typisierung .....	202
c) Verbindlichkeit der Leistungen.....	202
d) Strukturelle Einbettung .....	203
3. Vergleichspunkte, die subjekt- und objektfördernden Leistungen betreffen .....	205
a) Zuständigkeiten.....	205
b) Zielvorgaben .....	205
c) Entscheidungsspielräume und Überprüfung von Entscheidungen .....	207
d) „Gesetzesvorbehalt“ .....	208
F. RECHTLICHE EINBINDUNG BEI DER UMSETZUNG DER FÖRDERUNGSLEISTUNGEN DURCH DRITTE .....	209
I. AUSWAHL DER ZU VERGLEICHENDEN LEISTUNGEN.....	209
II. VERGLEICHSGRUNDLAGE: EINBINDUNG IN DIE LEISTUNGSERBRINGUNG .....	210
1. Einbindungsebenen.....	211
2. Umsetzung der Einbindung .....	211
a) Qualifikationsebene / Voraussetzungsebene .....	211
b) Formelle Leistungsbereitstellungsebene .....	212

aa) Definition und Eigenheiten .....	212
bb) Rechtlicher und tatsächlicher Marktzugang .....	213
cc) Voraussetzungen: Welcher Markt? .....	214
c) Abruf der Leistung .....	215
3. Mögliche Einflüsse auf die Strukturen .....	216
III. RECHTLICHE EINBINDUNG ZUR ERBRINGUNG GEFÖRDERTER WEITERBILDUNGSMABNAHMEN IN DEUTSCHLAND .....	217
1. Organisation der Einbindung: Trennung von Arbeitsmarktpolitik und Bildungspolitik .....	217
a) Arbeitsförderung .....	218
b) Bildung .....	218
2. Weiterbildungsanbieter als leistungserbringende Dritte im deutschen System .....	219
3. Weiterbildungsmärkte in Deutschland .....	220
a) Arbeitsförderungsmaßnahmen .....	220
b) Fernunterricht .....	221
c) Subventionsmärkte, allgemeiner Markt und Gesamtmarkt .....	221
d) Zusammenfassung .....	222
4. Ebenen der Einbindung .....	222
a) Qualifikations-/Voraussetzungsebene .....	222
aa) Private Zertifizierungsmöglichkeiten .....	222
bb) Qualifikation von Weiterbildungsmaßnahmen in Form von Fernunterricht? .....	223
cc) Qualifikation im System der Arbeitsförderung .....	224
dd) Qualifikation im Rahmen der Weiterbildungsgesetze der Länder .....	225
ee) Qualifikation durch Verweis auf andere Systeme .....	226
b) Bereitstellungsebene .....	227
aa) System der Arbeitsförderung .....	227
(1) „Zertifizierung“ und Zulassung durch die FKS .....	227
(a) Verfahrensüberblick für die Akkreditierung .....	227
(b) Akkreditierung der FKS durch die DAkkS .....	228
(c) „Zertifizierung“ nach der AZAV .....	230
(α) Einordnung, Verfahren und Inhalte .....	231
(β) Verhältnis zum Vergaberecht .....	232
(γ) Rechtsschutz hinsichtlich der Zulassungsentscheidung .....	233
(2) Zulassung direkt durch die Bundesagentur für Arbeit, § 177 Abs. 5 SGB III .....	233
(3) Bereitstellung bereits durch Bildungszielplanung? .....	234
(4) Vergabe .....	236
(a) Vergabe von Weiterbildungsmaßnahmen gem. § 16 Abs. 3a SGB II .....	237
(b) Vergabe von Weiterbildungsmaßnahmen gem. § 45 Abs. 3 SGB III .....	238
(c) Durchführung der Vergabe .....	238
bb) „Zulassung“ im Subventionsmarkt: Zugang mit Leistungsgewährung .....	239
cc) Fazit: Instrumente der Bereitstellungsebene .....	240
c) Abruf der Leistung .....	241
aa) Abruf durch den Leistungsempfänger .....	241
(1) Systeme mit Bildungsgutschein .....	241
(a) Rechtsbeziehung zwischen dem Leistungsempfänger und Leistungserbringer .....	241
(b) Rechtsbeziehung zwischen dem Leistungserbringer und dem Leistungsträger .....	241
(2) Subventionsmarkt .....	243
bb) Abruf durch den Leistungsträger .....	243
(1) Vergabe .....	243
(2) „Abruf“ im Einvernehmen, § 81 Abs. 4 S. 4 SGB III .....	243
IV. DIE EINBINDUNG DRITTER IN DIE ERBRINGUNG VON WEITERBILDUNGSMABNAHMEN IM SCHWEDISCHEN RECHT .....	244
1. Organisation der Einbindung .....	244
2. Weiterbildungsanbieter als leistungserbringende Dritte im schwedischen System .....	244
3. Weiterbildungsmärkte in Schweden .....	246
4. Ebenen der Einbindung .....	247
a) Qualifikations-/Voraussetzungsebene .....	247

aa) Qualifikationsinstrumente im „allgemeinen“ Weiterbildungsmarkt.....	247
(1) Qualifikation aller Leistungserbringer .....	247
(2) Qualifikation der Leistungserbringer im öffentlichen Bildungssystem.....	247
(3) Qualifikation durch „Zulassung“ in die allgemeinen Bildungssysteme .....	249
bb) Qualifikation im Rahmen des Systems der Arbeitsmarktausbildung .....	250
b) Bereitstellungsebene .....	250
aa) Im System des Arbeitsvermittlungsamts .....	250
(1) Reguläres und vereinfachtes Vergabeverfahren.....	251
(2) Wahlfreiheitssystem .....	254
(a) Anwendbarkeit und Verfahren.....	254
(b) Hintergründe .....	255
(c) Vereinbarkeit mit europäischem Recht.....	256
(3) Vereinbarung mit der örtlichen Kommune .....	259
bb) Bereitstellung außerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamts durch Kommunen.....	260
(1) Bereitstellung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (Arbeitsvermittlungamt) .....	260
(2) Bereitstellung von Eigenmaßnahmen der Kommune .....	260
cc) Weitere „Zulassung“ im Subventionsmarkt: Zugang mit Leistungsgewährung .....	261
c) Ebene des Leistungsabrufs.....	262
aa) Abruf durch den Leistungsberechtigten.....	262
bb) Abruf durch den Leistungsträger .....	263
(1) Wahlfreiheitssystem .....	263
(2) Vergabe .....	263
V. VERGLEICH DER RECHTLICHEN EINBINDUNG BEI DER ERBRINGUNG DER FÖRDERLEISTUNGEN .....	263
1. Verwaltungsorganisation .....	263
2. Konkrete rechtliche Einbindung .....	264
a) Qualifikations-/Voraussetzungsebene .....	264
b) Bereitstellungsebene .....	265
aa) Ortsnahe Organisation .....	265
bb) Instrumente des Marktzugangs (Bereitstellungsebene) .....	266
(1) Akkreditierungssysteme .....	266
(2) Vergabe und vergabeähnliche Auswahlverfahren .....	267
(3) Umsetzung einer Auffangverantwortung .....	268
(4) Fazit.....	268
cc) Gleichbehandlung von Weiterbildungsanbietern.....	270
dd) Rechtsweg .....	271
c) Abruf der Leistung .....	272
G. STEUERUNG DER QUALITÄT BEI DER ERBRINGUNG GEFÖRDERTER WEITERBILDUNGSMÄßNAHMEN .....	273
I. VERGLEICHSGRUNDLAGE QUALITÄTSSICHERUNG .....	273
1. Qualität: Inhalt und Verortung .....	273
2. Qualität von Weiterbildungsmaßnahmen: Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität .....	275
3. Sicherung von Qualität .....	276
a) Kompetenz zur Standarderstellung (Stufe 1) .....	278
b) Einbeziehung der Standards / Verbindlichmachen (Stufe 2) .....	279
c) Kontrolle und Beurteilung (Stufe 3) .....	280
II. QUALITÄTSSICHERUNG IN DEUTSCHLAND .....	281
1. Historische Entwicklung und Überblick .....	281
a) System der Arbeitsförderung .....	281
b) Außerhalb des Systems der Arbeitsförderung .....	282
2. Kompetenz zur Standarderstellung (Stufe 1).....	282
a) Erstellung von Qualitätsstandards außerhalb des Systems der Arbeitsförderung .....	283
aa) Standards für die berufliche (Weiter-)Bildung .....	283
(1) Korporatistische Ersteller .....	283
(2) Bundesinstitut für Berufsbildung .....	283

bb) Standardisierung auf europäischer Ebene und Berufsprinzip .....	284
cc) Leistungsbezogene Standards .....	286
dd) Lehrerausbildung/Berufsanforderungen .....	286
b) Erstellung von Qualitätsstandards im System der Arbeitsförderung .....	287
aa) Öffentlich-rechtliche Ersteller .....	287
bb) Private Ersteller .....	287
3. Einbeziehung der Standards / Verbindlichmachen (Stufe 2).....	288
a) Allgemeine Geltung.....	288
b) Im Rahmen der Objektförderung .....	289
b) Im Rahmen der Subjektförderung .....	289
4. Kontrolle und Beurteilung (Stufe 3).....	290
a) Vorgelagerte Kontrolle der Struktur- und Prozessqualität.....	290
aa) Im System der Arbeitsförderung .....	290
(1) Akkreditierung .....	290
(2) Zulassung .....	292
(3) Vergabe .....	293
bb) Außerhalb des Systems der Arbeitsförderung .....	293
(1) Allgemeine Qualitätssicherung: Verbraucherschutz .....	293
(2) Leistungsbezogene Qualitätssicherung: AFBG .....	294
(3) Leistungsbezogene Qualitätssicherung: Förderprogramme des Bundes .....	295
(4) Leistungsbezogene Qualitätssicherung: Weiterbildungsgesetze der Länder .....	295
b) Begleitende Kontrolle der Prozessqualität .....	296
aa) Qualitätssicherungsverfahren im System der Arbeitsförderung .....	296
(1) Eigene Qualitätssicherung der Leistungserbringer .....	296
(2) Begleitende Kontrollen der Agenturen für Arbeit .....	299
bb) Außerhalb des Systems der Arbeitsförderung .....	299
(1) Qualitätssicherung durch Regulierung des Marktes .....	299
(2) Begleitende Kontrolle: Qualitätssicherung durch Transparenz .....	301
c) Nachgelagerte Kontrolle der Ergebnisqualität.....	302
aa) Im System der Arbeitsförderung .....	302
bb) Außerhalb des Systems der Arbeitsförderung .....	304
(1) Allgemeiner Rahmen .....	304
(2) Qualitätssicherung durch Prüfungsordnungen .....	305
(3) Qualitätssicherung bei objektfördernden Leistungen .....	306
III. QUALITÄTSSICHERUNG IN SCHWEDEN .....	306
1. Organisation und Zuständigkeiten .....	306
2. Standarderstellung (Stufe 1).....	307
a) Außerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamts .....	307
aa) Allgemeine Qualitätsstandards für alle Weiterbildungsunternehmen .....	307
bb) Leistungsbezogene Qualitätsstandards: Kunst- und Kulturausbildungen .....	308
cc) Leistungsbezogene Qualitätsstandards: Bildungsmaßnahmen der Berufshochschule....	308
dd) Qualitätsanforderungen an Leistungserbringer im öffentlichen Bildungssystem (Auftragsausbildung).....	309
b) Innerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamts .....	310
3. Einbeziehung der Standards / Verbindlichmachen (Stufe 2).....	311
a) Im Rahmen der Objektförderung .....	311
aa) Objektförderung im Rahmen eines Systems: System der Berufshochschule und System der Kunst- und Kulturausbildungen .....	311
bb) Direkte Objektförderung ohne Einbeziehung in ein System .....	312
b) Im Rahmen der Subjektförderung .....	312
4. Kontrolle und Beurteilung (Stufe 3).....	312
a) Vorgelagerte Kontrolle der Struktur- und Prozessqualität.....	313
aa) Innerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamts .....	313
(1) Im Rahmen der Vergabe .....	313
(2) Indirekte, strukturelle Qualitätssicherung .....	314
bb) Außerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamtes.....	315

(1) Vorgelagerte Kontrolle bei Einbeziehung in ein Bildungs- bzw. in das Studienförderungssystem .....	315
(2) Vorgelagerte Kontrolle von Leistungserbringern im öffentlichen Bildungssystem .....	315
(a) Im Hochschulsystem .....	315
(b) Im Berufshochschulsystem .....	317
(2) Leistungsbezogene Qualitätssicherung: Staatsbeiträge .....	317
b) Begleitende Kontrolle der Prozessqualität .....	319
aa) Innerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamts: Vergabe .....	319
bb) Außerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamts .....	320
(1) Allgemeine Qualitätssicherung .....	320
(2) Leistungsbezogene Qualitätssicherung: Staatsbeiträge .....	322
c) Nachgelagerte Kontrolle der Ergebnisqualität .....	323
aa) Innerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamts .....	323
bb) Außerhalb des Systems des Arbeitsvermittlungsamts .....	324
(1) Allgemeine Qualitätssicherung: Nachgelagerte Kontrolle im Rahmen der allgemeinen Evaluation öffentlichen Handelns .....	324
(2) Allgemeine Qualitätssicherung: Verbraucherschutz .....	324
(3) Leistungsbezogene Qualitätssicherung: Kontrolle im Rahmen einer Kooperation mit den Kommunen .....	325
(4) Leistungsbezogene Qualitätssicherung: End-Qualitätskontrolle von Staatsbeiträgen .....	326
(a) Staatsbeiträge im System der Berufshochschule .....	326
(b) Staatsbeiträge für die Volksbildung .....	327
<b>IV. VERGLEICH DER QUALITÄTSSICHERUNG BEI DER ERBRINGUNG DER GEFÖRDERTEN</b>	
WEITERBILDUNGSMÄßNAHMEN DURCH DRITTE .....	328
1. Umsetzung der Stufen der Qualitätssicherung .....	328
a) Standarderstellung .....	328
b) Einbeziehung der Standards .....	329
aa) Allgemeines .....	329
bb) Qualitätsvorgaben für Lehrkräfte .....	329
c) Kontrolle und Beurteilung .....	330
aa) Vorgelagerte Kontrolle .....	330
(1) Im jeweiligen System der Arbeitsförderung .....	330
(2) Außerhalb des jeweiligen Systems der Arbeitsförderung .....	331
(3) Inbezugnahme privater Qualitätsstandards .....	331
(4) Freiräume für Weiterbildungsanbieter .....	332
bb) Begleitende Kontrolle .....	333
cc) Nachgelagerte Kontrolle .....	334
(1) Im jeweiligen System der Arbeitsförderung .....	334
(2) Außerhalb des jeweiligen Systems der Arbeitsförderung .....	334
(a) Allgemeine, übergreifende Qualitätssicherung .....	334
(α) Externe Evaluation .....	334
(β) Verbraucherschutz .....	335
(b) Leistungsbezogene Qualitätssicherung: Subjektförderung .....	335
(c) Leistungsbezogene Qualitätssicherung: Objektförderung .....	336
2. Fazit Qualitätssicherung .....	336
<b>H. FAZIT DER UNTERSUCHUNG .....</b>	338
<b>LITERATURVERZEICHNIS .....</b>	33843

## Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	am angegebenen Ort
AB	Aktiebolag ( <i>schwedische Form der Aktiengesellschaft</i> )
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AFBG	Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
AGVO	Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung
AJCL	The American Journal of Comparative Law
AkkStelleG	Akkreditierungsstellengesetz
AkkStelleGBV	Akkreditierungsstellengesetz-Beleihungsverordnung
ALF	Lag om arbetslöshtsörsäkring ( <i>Gesetz über die Arbeitslosigkeitsversicherung</i> )
ALFFo	Förordning om arbetslöshtsörsäkring ( <i>Verordnung über die Arbeitslosigkeitsversicherung</i> )
AMDL	Prüfdienst Arbeitsmarktdienstleistungen
AMSFS	Arbeitsmarknadsstyrelsens administrative föreskrifter ( <i>Verwaltungsnormen des Arbeitsmarktsteuerungsamts</i> )
ANBA	Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
AVAVG	Gesetz über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
AZAV	Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung
AZWV	Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung
BA	Bundesagentur für Arbeit
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAnz	Bundesanzeiger
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BBgWBG	Brandenburgisches Weiterbildungsgesetz
BBiG	Berufsbildungsgesetz
BeckOK	Beck'scher Onlinekommentar
BerRehaG	Berufliches Rehabilitierungsgesetz
bet.	betänkande ( <i>Bericht</i> )
BFH	Bundesfinanzhof
BFQG	Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz Schleswig-Holstein
BiBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMBW	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
BMF	Bundesfinanzministerium
BR-Drucks.	Bundesratsdrucksache

BRK	Behindertenrechtskonvention
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BV	Verfassung des Freistaates Bayern
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BWP	Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis
Cedefop	Centre Européen pour le Développement de la Formation Professionnelle
CML Rev.	Common Market Law Review
CQAF	Common Quality Assurance Framework
DAkkS	Deutsche Akkreditierungsgesellschaft GmbH
DECVET	Development of a credit system in vocational education and training
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DQR	Deutscher Qualifikationsrahmen
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
ECVET	European Credit System in Vocational Education and Training
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EQF	European Qualifications Framework
ErfK	Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht
Erl.	Erläuterungen
ErwBildFöG BY	Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung Bayern
ErwBildFöG ST	Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung im Lande Sachsen-Anhalt
ESC	Europäische Sozialcharta
etc.	et cetera
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EzB-VjA	Entscheidungssammlung zum Berufsbildungsrecht (Verjüngungsausgabe)
Fern-USG	Fernunterrichtsschutzgesetz
FEVS	Fürsorgerechtliche Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte
FKS	Fachkundige Stellen
gem.	gemäß
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GHN	Grabitz/Hilfs/Nettesheim
GK-SGB III	Gemeinschaftskommentar zum Arbeitsförderungsrecht
GV NW	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HD	Högsta domstolen ( <i>Oberster Gerichtshof</i> )
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HWBG	Hessisches Weiterbildungsgesetz
i.d.F.	in der Fassung
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

IFAU	Institutet för arbetsmarknads- och utbildningspolitisk utvärdering ( <i>Institut zur Evaluation von Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik</i> )
ILO	International Labour Organisation
IPE	Handbuch Ius Publicum Europaeum
IPWSKR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
ISCED	International Standard of Classification of Education
ISL	Inkomstskattelag ( <i>Einkommensteuergesetz</i> )
JT	Juridisk tidning (Zeitschrift)
jurisPK	juris Praxiskommentar
JZ	Juristische Zeitung
KassKomm	Kasseler Kommentar Sozialversicherungsrecht
KJ	Kritische Justiz
KKöpL	Konsumentköplag ( <i>Verbraucherkaufvertragsgesetz</i> )
KMK	Kultusministerkonferenz
KommJur	Kommunaljurist (Zeitschrift)
KritVj	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KTjL	Konsumenttjänstlag ( <i>Verbraucherdienstvertragsgesetz</i> )
LPK-SGB I	Lehr- und Praxiskommentar SGB I (Krahmer/Hinterberger)
LPK-SGB II	Lehr- und Praxiskommentar SGB II (Münster)
LSG	Landessozialgericht
m.W.v.	mit Wirkung vom
MittAB	Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
MünchKommVgb	Münchener Kommentar zum Europäischen und Deutschen Wettbewerbsrecht (Beihilfen- und Vergaberecht)
MYHFS	Myndighetens för yrkeshögskolans förfatningssamling ( <i>Amtsblatt der Behörde für die Berufshochschule</i> )
NDV	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für Öffentliche und Private Fürsorge
NEBG	Niedersächsisches Erwachsenenbildungsgesetz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nordyrk	Nordic Journal of Vocational Education and Training
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
prop.	proposition (Gesetzesvorschlag)
PVS	Politische Vierteljahresschrift
R&B	Recht und Bildung
RÅ	Regeringsrättens årsbok ( <i>Entscheidungssammlung des obersten Verwaltungsgerichts</i> )
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens
RdLH	Rechtsdienst der Lebenshilfe
RF	Regeringsform ( <i>Verfassungsgesetz</i> )
RsDE	Beiträge zum Recht der sozialen Dienste und Einrichtungen
SchulG	Schulgesetz Berlin

SDSRV	Schriftenreihe des Deutschen Sozialrechtsverbandes
SENRP	National Reference Point (Sweden)
SF	Sozialer Fortschritt
SFS	Svensk Förfatningssamling ( <i>Schwedisches Gesetzblatt</i> )
SG	Sozialgericht
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit
SGB	Sozialgesetzbuch
sog.	sogenannt
SoL	Socialtjänstlag ( <i>Sozialdienstgesetz</i> )
SOU	Statens offentliga utredningar ( <i>Staatliche öffentliche Gutachten</i> )
SozR	Sozialrecht, Rechtsprechung und Schrifttum, bearbeitet von Richtern des Bundessozialgerichts
SozSich	Soziale Sicherheit - Zeitschrift für Arbeit und Soziales
SRH	Sozialrechtshandbuch
StVollzG	Strafvollzugsgesetz
SWFG	Saarländisches Weiterbildungsförderungsgesetz
TfR	Tidsskrift for Rettsvitenskap (Zeitschrift)
ThürEBG	Thüringer Erwachsenenbildungsgesetz
TrAVO	Trägeranerkennungsverordnung
UStAE	Verwaltungsregelung zur Anwendung des Umsatzsteuergesetzes (Umsatzsteuer-Anwendungserlass)
v.	vom
Verf BB	Verfassung des Landes Brandenburg
Verf BE	Verfassung von Berlin
Verf Bremen	Landesverfassung der freien Hansestadt Bremen
Verf BW	Verfassung des Landes Baden-Württemberg
Verf M-V	Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Verf ND	Niedersächsische Verfassung
Verf NRW	Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen
Verf RP	Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz
Verf S-A	Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt
Verf Saar	Verfassung des Saarlandes
Verf Sachsen	Verfassung des Freistaats Sachsen
Verf SH	Verfassung des Landes Schleswig-Holstein
Verf TH	Verfassung des Freistaats Thüringen
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
VgV	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV)
VOB/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A
VOL/A	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen Teil A
VSSR	Vierteljahresschrift für Sozialrecht
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer

VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WBFöG M-V	Weiterbildungsförderungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern
WBFöVO Sachsen	Weiterbildungsförderungsverordnung Sachsen
WBG Bremen	Weiterbildungsgesetz Bremen
WBG MV	Weiterbildungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern
WbG NRW	Weiterbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen
WBG RP	Weiterbildungsgesetz Rheinland-Pfalz
WBG Sachsen	Weiterbildungsgesetz Sachsen
WBG SH	Weiterbildungsgesetz Schleswig-Holstein
WBV Bbg	Weiterbildungsverordnung (Land Brandenburg)
WeitBiFöG BW	Weiterbildungsförderungsgesetz Baden-Württemberg
WissR	Wissenschaftsrecht
WMK	Wirtschaftsministerkonferenz
z. B.	zum Beispiel
ZAF	Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfE	Zeitschrift für Erziehungswissenschaft
ZfPad	Zeitschrift für Pädagogik
ZFU	Zentralstelle für Fernunterricht
ZÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZVStrVo	Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe